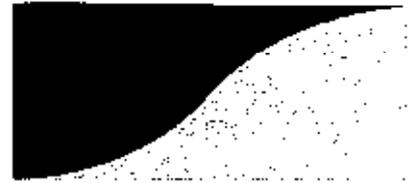


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 9 86 846 ppbn d



Inhalt

Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB unterstreicht die Übereinstimmung der Kirchen und der SPD in der Frage der internationalen Verschuldungskrise: Ein Umdenken ist unerlässlich.

Seite 1

Dr. Willfried Penner MdB würdigt das sportpolitische Wirken von Willi Daume: Ein Glücksfall für den deutschen Sport.

Seite 4

Barbara Simons MdEP verlangt eine kritische Bewertung des EG-Verhaltenskodex für Unternehmen in Südafrika: Verhalten der Firma Kolbenschmidt ist ein Skandal.

Seite 5

Dokumentation:

Heinz Westphal MdB erinnert an das Wirken der „Weißen Rose“: Es kann keinen „Schlußstrich“ geben. Wir dokumentieren seine Rede zur Eröffnung der „Weißen-Rose“-Konferenz.

Seite 7

43. Jahrgang / 94

18. Mai 1988

Ein Umdenken ist unerlässlich

SPD unterstützt Forderung der Kirchen für eine Lösung der internationalen Verschuldungskrise

Von Prof. Dr. Ingomar Hauchler MdB

Beide großen Kirchen haben in diesen Tagen Erklärungen zur internationalen Schuldenkrise veröffentlicht. Die Evangelische Kirche unter dem Titel „Bewältigung der Schuldenkrise“ und die katholischen Bischöfe mit ihrer Stellungnahme „Die Internationale Schuldenkrise - eine ethische Herausforderung“ haben damit zu einem der drängendsten Probleme der Zukunft in nahezu vollständiger Übereinstimmung mit großer Eindeutigkeit Stellung genommen. Sie fordern, daß die Bundesrepublik stärker als bisher Verantwortung für konkrete Initiativen zur Lösung der Verschuldungskrise übernimmt.

Analyse und Forderungen der Kirchen stimmen vor allem in folgenden Punkten mit der von der SPD-Bundestagsfraktion vertretenen Position überein:

(1) Industrie- und Entwicklungsländer tragen gemeinsam Verantwortung für die Ursachen und die Lösung der Überschuldung vieler Länder der Dritten Welt. Das Scheitern zu optimistischer und falsch konzipierter Entwicklungsprojekte, die einseitige Fixierung auf Kapital und Export, die Kreditvergabe entgegen national üblicher Sorgfalt, Hochzinspolitik, die negativen Effekte erratischer und verzerrter Wechselkurse auf den internationalen Handel, einseitige Rohstoffabhängigkeit, der Verfall der terms of trade sind als „externe Faktoren“ in erster Linie von den Industrieländern zu verantworten. Korruption, Kapitalflucht, hohe Rüstungsausgaben, unproduktive Kapitalverwendung, undisziplinierte Wirtschafts- und Haushaltspolitik sowie verkrustete, zum Teil feudale Strukturen und der Ausschluß der breiten Bevölkerung vom Entwicklungsprozeß sind Probleme, die in erster Linie auf das Konto der Eliten in den Entwicklungsländern gehen.

(2) Die Kirchen weisen mit Recht darauf hin, daß neben wirtschafts- und finanzpolitischen Aspekten bei der Beurteilung der Schuldenkrise auch ethische Gesichtspunkte eine Rolle spielen

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt und
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



müssen. Die Verschuldungskrise wird als Symptom einer fundamentalen Krise des Entwicklungsprozesses gesehen, die das soziale und moralische Bewußtsein der Menschheit herausfordert. Nur wenn auch international von Prinzipien wie Gerechtigkeit, Solidarität und Gemeinwohl ausgegangen wird, kann die Basis geschaffen werden, um die anstehenden wirtschaftlichen und politischen Probleme im gemeinsamen Interesse zu lösen.

Zur Lösung der Schuldenkrise ist - neben Sofortmaßnahmen - ein langfristiges Konzept nötig, in dem die Industrieländer, nicht zuletzt aufgrund ihrer größeren wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, größere Beiträge als bisher zur Übernahme der Lasten und zur Einleitung einer besseren Entwicklung leisten müssen. Die Forderung nach Weiterentwicklung des Völkerrechts im Sinn internationaler Vergleichslösungen ist ebenso berechtigt wie die stärkere Orientierung der Wirtschaftspolitik an einem breiteren Begriff von Entwicklung, der soziale und kulturelle Werte einschließt.

(3) Die SPD teilt die Auffassung der Evangelischen Kirche und der katholischen Bischöfe, daß sich für die Bundesrepublik Deutschland aus ihrer Verantwortung als einem der größten Industriestaaten Forderungen für eine Neubestimmung ihrer Position in den internationalen Gremien ergeben. Das bisherige Schuldenmanagement hat keine entscheidende Besserung der Situation gebracht, sondern ist mit verantwortlich, daß der Schuldenstand der Entwicklungsländer sich seit 1982 auf nunmehr circa 1.200 Milliarden US-Dollar drastisch erhöht. Die von den Industrieländern unter Federführung des IWF verordneten Anpassungsprogramme haben ihre eigene Zielsetzung, nämlich Steigerung des Wachstums und Wiedergewinnung der Zahlungsfähigkeit der Entwicklungsländer, verfehlt. Die Ärmsten der Armen müssen die Hauptlast einer - nicht gelungenen - Anpassungspolitik tragen.

Die Forderung nach einer internationalen Schuldenkonferenz ist berechtigt. Die Bundesrepublik muß ihren Einfluß für das Zustandekommen dieser Konferenz nutzen. Diese sollte unter Beteiligung der Entwicklungsländer einen allgemeinen Rahmen für Lösungswege schaffen, die dann durchaus von Land zu Land differenziert werden sollten. Dazu gehört ein teilweise oder vollständiger Erlaß öffentlicher und privater Schulden, international verbindliche Insolvenzregeln, eine internationale Kreditaufsicht und Mechanismen zur Kontrolle erratischer, vor allem spekulativer Finanzbewegungen. Das Londoner Schuldenabkommen von 1952, das der jungen Bundesrepublik durch den Erlaß eines großen Teils ihrer Schulden den wirtschaftlichen Aufstieg erleichterte, kann in wichtigen Punkten Vorbild für einvernehmliche Regelungen hinsichtlich des Forderungsverzichts und der Anpassung des Schuldendienstes an die langfristige Leistungsfähigkeit der Schuldnerländer sein.

(4) Die Forderung der Kirchen, die Anstrengungen der Entwicklungszusammenarbeit qualitativ und quantitativ zu steigern, den Anteil der Zuschüsse zu erhöhen und Rückflüsse wieder der Entwicklungspolitik zur Verfügung zu stellen, ist identisch mit dem, was die SPD in ihrem Antrag zur Schuldenkrise, der jetzt im Entwicklungsausschuß zur Debatte steht, vertritt.

Berechtigt ist auch der Hinweis, Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe zu sehen, also Entwicklungspolitik nicht isoliert zu betrachten und ansonsten business as usual zu betreiben, sondern die Auswirkungen insbesondere der Wirtschafts-, Landwirtschafts-, Außenhandels-, Währungs- und Strukturpolitik auf das Nord-Süd-Verhältnis zu berücksichtigen.

(5) Zu Recht wird in den Dokumenten der Kirchen nicht verschwiegen, daß die Entwicklungsländer selbst stärkere Anstrengungen unternehmen müssen, um Reformen in ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik unter Beteiligung der gesamten Bevölkerung durchzusetzen. Das heißt vor allem: Förderung der ländlichen und gewerblichen Entwicklung im Bereich des Binnenmarktes, aber auch die Bekämpfung von exzessiver Staatsverschuldung, Inflation, Kapitalflucht, Korruption und zu hoher Rüstungsausgaben.

Die Regierungskoalition wird es schwer haben, sich den von den beiden großen Kirchen vorgebrachten Appellen und Vorschlägen zu entziehen. Die bisherige Ablehnung der Anträge der SPD-Bundestagsfraktion zur „Internationalen Schuldenkrise“ und einem „Zukunftsprogramm Dritte Welt“ durch CDU/CSU und FDP hat gezeigt, wie schwer der Koalition ein Umdenken im Bereich der internationalen Wirtschafts- und Finanzpolitik fällt. Wer die gewandelten Bedingungen der Weltwirtschaft nicht anerkennt, die Krise in der Dritten Welt nicht ernst nimmt und die steigende Spannung im Nord-Süd-Verhältnis verharmlost, sondern knäiharte Politik vor allem im eigenen Interesse betreibt und dies dann rein humanitär garniert, handelt nicht nur ohne ethische Basis und soziale Verantwortung - der verstößt auf Dauer auch gegen die eigenen Interessen.

Die Evangelische und Katholische Kirche wollten die Gewissen aufrütteln und haben dabei durchaus auch rationale Politikvorschläge vorgelegt. Sie haben sich in dieser Frage erneut verdient gemacht.

(-/18.5.1988/vo-he/st)

* * *

Willi Daume zum 75. Geburtstag

Ein Glücksfall für den deutschen Sport

Von Dr. Willfried Penner MdB
Stellvertretender Vorsitzender der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Es war die Zeit der schwersten Belastungen für die olympische Weltbewegung. Sowjetische Truppen in Afghanistan und dann Olympische Spiele in Moskau?

Mir ist in tiefer Erinnerung geblieben, wie Willi Daume eine nach seiner Überzeugung falsche Entscheidung zu verhindern suchte. Im Sportausschuß des Deutschen Bundestages trug er seine Analyse der Lage mit Überzeugung, prägnanter Sachkenntnis und beeindruckender Leidenschaft vor. Die politischen Zwänge führten zu einer Entscheidung, die Willi Daume für falsch hielt.

Willi Daume: Der Präsident des Nationalen Olympischen Komitees für Deutschland, bis 1970 mehr als 20 Jahre Präsident des Deutschen Sportbundes, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees, geistiger Vater der Stiftung Deutscher Sporthilfe. Der olympische Sachwalter hat wie kein anderer Sportführer in Deutschland die Entwicklung des Sports geprägt. Toleranz und Weitblick, Verständnis für Andersdenkende, Geduld und die Fähigkeit, den für richtig erkannten Weg beharrlich zu verfolgen, sind Wesenszüge des international arrivierten Olympiers.

Willi Daume, der aus dem nordrhein-westfälischen Hückeswagen stammt, hat stets seine Nähe zu den Wurzeln der Sportbewegung, den Sportvereinen, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, zu den Aktiven bewahrt wie kaum ein anderer Funktionsträger des Sports der Bundesrepublik Deutschland. Immer noch ist er für zahlreiche Athleten der kompetente und vertrauenswürdige Ratgeber. Eine Fähigkeit, die leider nicht mehr allzusehr verbreitet ist.

Willi Daume hat stets versucht, negative politische Einflüsse vom Sport und seiner weltweiten Mission fernzuhalten, zumindest zu begrenzen. Auch bei den unvermeidlichen Rückschlägen hat er niemals resigniert - im Gegenteil.

Als die Zeit der gesamtdeutschen Olympiamannschaft zur Neige ging, entwickelte er eine fantastische Vision: Olympische Spiele in der Bundesrepublik Deutschland. Sein Werben um Vertrauen für die Deutschen hatte international beeindruckende Erfolge. Zusammen mit dem damaligen Oberbürgermeister von München, Dr. Hans-Jochen Vogel, überzeugte er in Rom 1966 das Internationale Olympische Komitee. Trotz der Terrorschatten wurde mit den Spielen von München 1972 eine neue olympische Epoche eingeleitet.

Der Mahner und Förderer, stiller Helfer und leidenschaftlicher Streiter hat sich vor allem in Bereichen Verdienste erworben, die hinter der Tagesaktualität des Sports oft in Vergessenheit geraten.

Früh hat er die gesellschaftspolitische Dimension des Sports und die wissenschaftlichen, kulturellen und literarischen Verflechtungen erkannt. Diese Erkenntnis gehört sicherlich mit zu den größten Verdiensten Willi Daumes. Ein Mitbürger, dessen Redlichkeit ihn zu einem Glücksfall für den deutschen Sport hat werden lassen.

(-/18.5.1988/vo-he/st)

* * *

Verhalten der Firma Kolbenschmidt ist ein Skandal

Der EG-Verhaltenskodex für Unternehmen in Südafrika erneut bei Licht betrachten

Von Barbara Simons MdEP

Südafrika-Sprecherin der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

Die kürzlich sowohl von der Bundesregierung als auch vom EG-Außenministerrat veröffentlichten 7. zusammenfassenden Berichte über die Anwendung des EG-Verhaltenskodex für europäische Unternehmen mit Tochtergesellschaften in Südafrika erfordern eine kritische Bewertung. Dies vor allem, da es sich um die erste Berichterstattung handelt nach der Neufassung des Kodex durch die EG-Außenminister im November 1985. Sie war seinerzeit als „Verschärfung“ deklariert und als Ziel des Kodex ausdrücklich genannt, „einen Beitrag zur Abschaffung der Apartheid zu leisten“. Was ist das Ergebnis?

Der Sammelbericht der EG-Außenminister ist demmaßen abstrakt abgefaßt, seine Informationen so neutralisiert und entpolitisiert, daß er, obwohl sogar „Nur für den Dienstgebrauch“ gekennzeichnet, sich selbst ad absurdum führt.

Der Bericht des Bundeswirtschaftsministers und die Bewertung der Bundesregierung sind in der Tat detaillierter, schildern auch politische Rahmenbedingungen, aber unterm Strich ist alles wie gehabt. Es gibt die anonymisierten Zusammenfassungen von nur positiven Werten. Keinerlei Kritik, im Gegenteil, die Bundesregierung „begrüßt...“, daß sich die Zahl der zur Kodexanwendung berichtenden Unternehmen erneut deutlich erhöht hat“. Und „sie wertet dies als gestiegenes sozialpolitisches Verantwortungsbewußtsein der Unternehmen“. Dabei sagt die Tatsache der Berichterstattung, wie dem Bundesaußenminister und dem Bundeswirtschaftsminister wohl bekannt ist, wenig aus über das tatsächliche Verhalten der Firmen.

Unvergessen ist der Fall der Norddeutschen Affinerie, deren brutales Vorgehen gegen die zu Unrecht entlassenen Arbeiter von Transvaal Alloys in diesem Berichtszeitraum noch nicht beendet war, wie ich bei einem Besuch des Werkes und der Entlassenen im Februar 1986 selbst festgestellt

habe. Der Name der Transvaal Alloys steht auf der Liste der 93 berichtenden Unternehmen - interessantweise sind nur die Tochterfirmen, nicht mehr die Mutterhäuser aufgeführt, obwohl doch sie dem EG-Kodex verpflichtet sind.

Der ernste Vorwurf an die beteiligten Minister heißt, daß sie offenbar die Alibifunktion des Kodex noch verstärken, um sich vor der notwendigen Forderung nach weiteren Sanktionen gegen Südafrika zu verschließen. Das mindeste, was man von ihnen erwarten kann, wäre die Offenlegung der Firmenberichte, ihre Überprüfung durch die Gewerkschaften und eine Bestrafung der Verstöße. In diesem Zusammenhang verdienen die von der IG Metall und dem Internationalen Metallarbeiter-Bund erarbeiteten „Mindeststandards für Arbeitsbeziehungen und Arbeitskonflikte in südafrikanischen Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen“ Beachtung als Maßstab für eine weitergehende, echte Selbstverpflichtung deutscher und europäischer Firmen, die weiterhin in Südafrika tätig sein wollen.

Die Minister Genscher und Bangemann sollten sich mit Nachdruck für eine Lösung des Konflikts der Firma Kolbenschmidt in ihrem südafrikanischen Werk Alrode bei Johannesburg einsetzen. Dieser Streitfall dauert seit mehr als einem Jahr und hat zu völlig ungerechtfertigter Entlassung gerade der gewerkschaftlich engagierten Arbeiterschaft geführt. Bislang weigern sich die Vorstände der Tochterfirma und der Mutterfirmen Kolbenschmidt/Neckarsulm und Metallgesellschaft, mit der zuständigen Gewerkschaft NUMSA eine Einigung herbeizuführen.

Die Bundesregierung ist verpflichtet, im Sinne des von ihr selbst befürworteten Kodex bei den Firmenleitungen auf Respektierung zu dringen, will sie ihre ganze Berichterstattung nicht als hohles Wortgeklänge bloßgestellt sehen. Dem Ansehen der deutschen Industrie fügt dieser weitere Skandal Schaden zu, der in der politisch so angespannten Situation in Südafrika besonders schwer wiegt.

(-/18.5.1988/vo-he/st)

DOKUMENTATION

Heinz Westphal: Es kann keinen „Schlußstrich“ geben

Der Vizepräsident des Bundestages, Heinz Westphal, machte bei der Eröffnung der „Weißen Rose“-Konferenz im Lichthof der Universität München am 16. Mai die nachstehend dokumentierten Ausführungen.

Ich bin gern gekommen, um an dieser Veranstaltung am symbolträchtigen Ort mitzuwirken, deren Sinn es ist, den Widerstand der „Weißen Rose“ gegen das verbrecherische Regime Hitlers und seiner Gefolgsleute nicht als abgeschlossenes Kapitel unserer Geschichte zu behandeln. Es darf nicht sein, daß wir die für unser Volk so wichtige Leistung der „Weißen Rose“ sozusagen ins Museum abschieben. Wir können und müssen die Aktualität und die Bedeutung für uns und besonders für die heute jungen Menschen hervorheben und nutzen.

„Wir schweigen nicht, wir sind Euer böses Gewissen“, heißt es im vierten Flugblatt der Gruppe um Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell und Professor Kurt Huber; „die ‚Weiße Rose‘ läßt Euch keine Ruhe.“ Unruhe zu stiften, waren die jungen Studenten, zumeist der Medizin, und der Professor für Psychologie und Philosophie angetreten. Unruhe zu stiften unter einer Bevölkerung und besonders einer Jugend, die sie in der Gefahr sehen, „sich ohne Widerstand von einer verantwortungslosen und dunklen Trieben ergebenen Herrscherclique regieren zu lassen“ und „zur geistlosen und feigen Masse“ zu verkommen, die gerade durch ihren „stumpfen, blöden Schlaf“ schuldig wird. Denn jeder einzelne, so das zweite Flugblatt der „Weißen Rose“, „gibt durch sein apathisches Verhalten diesen dunklen Menschen erst die Möglichkeit, so zu handeln, er leidet diese Regierung, die eine so unendliche Schuld auf sich geladen hat, ja, er ist doch selbst schuld daran, daß sie überhaupt entstehen konnte!“

Dieses Aufrütteln ist das zentrale Bemühen der Mitglieder der „Weißen Rose“, auch wenn in den letzten Flugblättern eine Entwicklung zu politischen Zielsetzungen deutlich wird, die einhergeht mit der Aufnahme von Kontakten zu Berliner Widerstandskreisen im Umfeld der sogenannten „Roten Kapelle“. Und dieses Aufrütteln ist es auch, was die Leistung des Kreises um Hans und Sophie Scholl so aktuell macht und bleiben läßt. Es ist die Verantwortung von uns Älteren gegenüber einer neuen, nachwachsenden, unbelasteten Generation, die Erkenntnis zu vermitteln, in ihr fest zu verankern, daß das, was war in unserem Land, daß Diktatur und Krieg sich nicht wiederholen dürfen und die Verantwortung dafür an die junge Generation übergeht. Die Unruhe als produktiver Gegensatz zu bequemem Verherrschen und Schweigen muß von Generation zu Generation weitergetragen werden, wenn wir verhindern wollen, daß das deutsche Volk denjenigen folgt, die den leichten Weg des Verdrängens der Erinnerung gehen, die aus dem „Schatten der Vergangenheit“ hervortreten möchten und damit den antifaschistischen Konsens, einen der tragenden Pfeiler unserer gesellschaftlichen Ordnung, durch eine deutsch-national gefärbte Position ersetzen wollen.

Diesen Weg, durch Verdrängung und - wie bei einigen Historikern deutlich geworden - Relativierung einen „Schlußstrich“ unter die Vergangenheit zu ziehen, halte ich für falsch und gefährlich. Er ist politisch falsch, weil gerade das Bekenntnis gegen Faschismus und Diktatur als Fundament unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ein Bindeglied zu den westlichen Demokratien darstellt, das zu gefährden geradezu abenteuerlich wäre. Und er ist moralisch falsch, weil ein Sich-Hinausstehlen aus der Verantwortung für das Geschehene zugleich unsere Kraft schwächt, die Demokratie im Denken und Handeln unseres Volkes und jeder nachfolgenden Generation zu verankern.

Die zweite deutsche Demokratie und ihre Freiheiten aber sind, wie es Ralph Giordano in seinem Buch „Die zweite Schuld“ formuliert, „keineswegs Selbstverständlichkeiten von 1949 an bis in alle Ewigkeit, sondern eine fortwährend bedrohte Kostbarkeit“. Um dieser Bedrohung zu wehren, brauchen wir das kritische Aufbegehren, das die „Weiße Rose“ zu wecken suchte, brauchen wir die verantwortungsbewußte und offene Auseinandersetzung mit dem Gewesenen und seinen Ursachen.

Diese Unruhe kann entstehen, wenn die Schüler einer Bonner Schule im Rahmen ihres Aufarbeitens der Zeitgeschichte ihrer Stadt den Gestapo-Keller entdecken, in dem Mitbürger wegen ihrer Gesinnung geschlagen und gefoltert wurden. Sie kann entstehen, wenn der Enkel im Unterrichtsprojekt seiner Schule das Stadtarchiv durchforstet und dabei erschüttert feststellt, daß er in einem Hause wohnt und lebt, dessen jüdische Bewohner im Dritten Reich unter der Anleitung seines Großvaters vertrieben wurden.

Sie kann entstehen in der Begegnung mit den Opfern und deren Kindern, im Umgang mit jüdischen Mitbürgern. Sie kann auch entstehen, wenn einer sich fragt, wie es Dieter Hildebrandt, Kabarettist und damit Gesellschaftskritiker wirksamster Art, tat: „Der Gedanke läßt mich nicht los, ich hätte, ohne mich zu wundern, ein überzeugter Nazi-Bonze in den besetzten Ost-Gebieten werden können oder Referent für deutsches Liedgut in der schlesischen Gauleitung? Der Gedanke, daß Gesinnungen stark von Geschichtsabläufen abhängig sein könnten, beschäftigt mich.“ Das Gespräch darüber geht an die Nieren und ermöglicht eine Betroffenheit, aus der lebenslang wirksame Einsichten und Erkenntnisse wachsen, die das eigene Verhalten immer wieder bestimmen und wie ein Gewissen anschlagen, wenn ein Abweg droht.

Dieses Gewissen, dieses Verantwortungsgefühl auch in öffentlichen Angelegenheiten war es, was die Flugblätter der „Weißen Rose“ bei der deutschen Jugend wecken wollten, um dadurch „eine Erneuerung des schwerverwundeten deutschen Geistes von innen her zu erreichen“. Im willigen Gehorsam gegenüber den Machthabern sahen die Mitglieder der Gruppe die Schuld, die das deutsche Volk auf sich geladen hatte und deren Erkenntnis sie als Vorbedingung für die Wiedergeburt des deutschen Geistes erkannten - so das vierte Flugblatt der „Weißen Rose“.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle ein Wort zu einem durchaus aktuellen Vorgang, der die Berechtigung dessen, was die „Weiße Rose“ als Forderung erhob, deutlich macht: ich meine das beschämende Gezerre um die Einrichtung einer Internationalen Jugendbegegnungsstätte bei der Gedenkstätte für das ehemalige Konzentrationslager Dachau. Mit Argumenten, die die Vergangenheit bewußt verdrängen, statt sie zum Gegenstand der Aufarbeitung zu machen, versuchen die Gegner dieser Begegnungsstätte, die leider in den örtlichen zuständigen Gremien die Mehrheit haben, die Einrichtung einer Stätte zu verhindern, die genau dem dienen soll, was die „Weiße Rose“ zu erreichen versuchte und was wir heute - allgemeiner gesprochen - Politische Bildung nennen. Was, wenn nicht Verdrängung, kann die wütende Reaktion der Gegner dieser Begegnungsstätte erklären? Und was, wenn nicht diese „Unfähigkeit zu trauern“, macht die Berechtigung der geplanten Begegnungsstätte deutlicher, beweist, wie wichtig nach wie vor eine Auseinandersetzung mit dem Geschehen und seinen Ursachen ist? Könnte nicht gerade Dachau ein weltweit wirkendes positives Signal der kritischen Aufarbeitung gebrauchen?

Eine solche Auseinandersetzung kommt gewiß nicht zustande, wenn man sich im Falle der „Weißen Rose“ beispielsweise darauf beschränkt, das Wirken dieser Widerstandsgruppe als bloßen Beweis dafür zu werten, daß nicht alle Deutschen Nazis waren. Jawohl, es hat den deutschen Widerstand gegeben, dessen organisatorische und ideologische Vielfalt im übrigen leider in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner zahlenmäßigen Stärke stand. Aber die Leistung von Hans und Sophie Scholl und ihrer Freunde löst nicht das Versagen der vielen Mitläufer aus, im Gegenteil: gerade diese Studenten, die ja aus bürgerlichen und konservativen Elternhäusern kamen und die sich erst ganz allmählich von Nachdenklichkeit über Zweifel und Widerspruch hin zu einem Widerstand unter Einsatz ihres Lebens entwickelten, gerade sie zeigen, was demjenigen möglich war, der die Wirklichkeit um ihn herum zur Kenntnis nahm und über sie nachdachte.

Ende 1942, während eines Einsatzes an der russischen Front, schrieb Hans Scholl in sein Tagebuch: „Du denkst nach über die letzte Verfeinerung eines Maschinengewehrs, aber die primitivste Frage hast Du schon in Deiner Jugend unterdrückt. Die Frage: warum? und wohin?“

Die Aktualität einer solchen Fragestellung brauche ich angesichts der Entwicklung nicht zu betonen, die die Waffentechnik seit 1942 genommen hat. So möchte ich mit dem Hinweis schließen, daß eine produktive Auseinandersetzung mit dem Wirken der „Weißen Rose“ eben das erzeugen kann, was der Kern auch jeder politischen Bildung ist: unbequeme, fruchtbare Unruhe.

„Tradition“, so sagte einmal der französische Sozialist Jean Jaurès, „heißt nicht, Asche zu verwahren, sondern eine Flamme am Brennen zu halten.“

Ich wünsche der Konferenz, daß sie einen Beitrag dazu leistet, die Flamme am Brennen zu halten, die die Geschwister Scholl und ihre Freunde unter Einsatz ihres Lebens entzündeten: die Flamme des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins.
(-/18.5.1988/vo-he/st)